

Vorwort

Wenn die nationale Regierung z.B. in Belgien, Frankreich oder Italien das gesetzliche Renteneintrittsalter erhöhen will, und sei es auch „nur“ von 50 bis 55 oder 57 Jahren auf 60 Jahre, gibt es fast immer umgehend einen Generalstreik, der das öffentliche Leben des betreffenden Landes für eine bestimmte Zeit lähmt. Der politische Streik gilt dort nicht nur als übliches und legitimes Mittel der Arbeitnehmer/innen wie ihrer Gewerkschaften, um auf die nationale Gesetzgebung einzuwirken, sondern ist auch legal, weil verfassungsrechtlich garantiert. Anders in der Bundesrepublik:

Zwar haben vor allem die IG Metall und ver.di durch zahlreiche betriebliche Aktionen in die Auseinandersetzungen über die „Altersrente erst mit 67 Jahren“ eingegriffen, Streikmaßnahmen bleiben hierzulande aber seit jeher auf das Feld der Tarifpolitik beschränkt. Dadurch verengen sich die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten in unzulässiger Weise, während die demokratischen Grundrechte der Arbeitnehmer/innen beschnitten werden.

Während der wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen der „Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer“ (GDL) und der Deutschen Bahn AG im Herbst 2007 gab es sogar die Tendenz, tarifpolitische Kampfmaßnahmen von Arbeitnehmer(inne)n mit der absurden Begründung zu unterbinden, dass dadurch ein unzulässiger „gesamtwirtschaftlicher Schaden“ entstehe, was den Gewerkschaften praktisch die Hände binden würde, denn ihnen muss es ja gerade darum gehen, durch Streiks möglichst viel Druck auf die Arbeitgeberseite auszuüben. Unabhängig davon, ob man bei der Bahn AG mehrere Gewerkschaften und Tarifverträge im selben Betrieb akzeptiert oder nicht, sind solche „Argumente“ von Arbeitsgerichten und Politikern zurückzuweisen.

Frontalangriffe auf das Streikrecht müssen die Gewerkschaften auch mit Bemühungen um eine Schärfung ihrer wichtigsten Waffe beantworten. Aus diesem Grund sollte der DGB versuchen, wieder in die Offensive zu gehen, und den Anspruch erheben, zentrale Forderungen falls nötig auch mittels politischer Streiks durchzusetzen. Heute befindet sich die Gewerkschaftsbewegung in einer Position der relativen Schwäche, was Illusionen entgegenwirkt, man könne durch einen machtvollen Generalstreik das ganze als ungerecht empfundene Wirtschaftssystem aus den Angeln heben.

Die deutsche Sozial- und Wirtschaftspolitik beeinflusst zunehmend direkt wie indirekt die Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden. Immer stärker greift der Gesetzgeber unmittelbar in die Einkommensverteilung ein, übrigens fast ausnahmslos gegen die berechtigten Interessen der lohnabhängig Beschäftigten. Schwer erkämpfte Erfolge der Gewerkschaften wie die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit werden durch die gesetzliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre wieder ausgehebelt. Somit gerät die Tarifpolitik zunehmend aus dem Gleichgewicht.

Durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, den permanenten Sozialabbau und die einseitige Umverteilungspolitik zulasten der Arbeitnehmer/innen wird die staatliche Neutralitätspflicht gegenüber den Tarifvertragsparteien immer weiter ausgehöhlt. Als scheinbar plausible Begründung werden meist nicht weiter zu hinterfragende Sachzwänge ins Feld geführt, besonders die Globalisierung und der demografische Wandel – für mich die zwei Großen Erzählungen unserer Zeit. Auf diese Weise lässt sich die neoliberale Politik, vor allem der Um- bzw. Abbau des Sozialstaates, rechtfertigen und gegenüber großen Teilen der Bevölkerung durchsetzen.

Vor allem die Gewerkschaften und außerparlamentarische Gruppen organisieren den Widerstand gegen eine solche Politik. Protestmaßnahmen gegen die sog. Hartz-Gesetze und die „Rente mit 67“ werfen die Frage nach wirkungsvolleren Kampfformen auf. Neben Österreich und Großbritannien gehört die Bundesrepublik zu den wenigen EU-Staaten, in denen politische Streiks als unzulässig gelten. Mit dem Streikmonopol der Gewerkschaften einerseits sowie den ebenfalls gerichtlichen Einschränkungen auf tarifvertragsfähige Ziele hat sich hierzulande seit Anfang der 1950er-Jahre das restriktivste Streikrecht in Europa herausgebildet.

Die Bundesrepublik ist weltweit eines der streikärmsten Länder, auch was auf höheren Lohn bzw. mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen bezogene Arbeitskämpfe betrifft. Was in Wirklichkeit undemokratischen Restriktionen der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit geschuldet ist, gilt als positiver „Standortfaktor“, mit dem man Großinvestoren anlocken will.

Das hierzulande herrschende Richterrecht basiert auf einem vordemokratischen Rechtsverständnis und wurzelt in einer politischen (Un-)Kultur, die als obrigkeitstaatlich zu bezeichnen ist. Was anderswo als normales Menschen- und Bürgerrecht gilt und zu den allgemeinen demokratischen Gepflogenheiten zählt, ist im „Land des Gehorsams“ (Heinrich Heine) zumindest verpönt, wenn nicht untersagt.

NS-Traditionen und im sog. Dritten bzw. Großdeutschen Reich an führender Stelle tätige Personen, die in Justiz und Verwaltung der Hitler-Diktatur zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung beigetragen hatten, gelangten nach dem Zweiten Weltkrieg schnell wieder in Spitzenpositionen und trugen dazu bei, dass im Arbeitskampfrecht der Bundesrepublik ein Demokratiedefizit verankert wurde. Dabei ist ein Verbot politischer Streiks nirgendwo fixiert. Vielmehr wird die äußerst detaillierte Regelung zu tarifrechtlichen Konflikten als Ausschlusskriterium gedeutet – eine fragwürdige Interpretation, die selbst dem Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages zu schaffen macht: Eine im Frühjahr 2006 vorgelegte Studie wertet das deutsche Arbeitskampfrecht als Verstoß gegen die Europäische Sozialcharta.

Tatsächlich steht das eingeschränkte Streikrecht im krassen Widerspruch zu den Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta sowie Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz. Das Verbot aller Streiks, die nicht auf den Abschluss von Tarifverträgen gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung dieser Bestimmungen. Letztlich bedrohen die gerichtlichen Verbote von Sympathiestreiks, spontanen Arbeitsniederlegungen bzw. „wilden Streiks“, „politischen“ und Beamtenstreiks unsere Demokratie.

In diesem Zusammenhang hat das ILO-Komitee zur Versammlungsfreiheit die Erklärung eines nationalen Streiks, der gegen die sozialen und arbeitstechnischen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik einer Regierung gerichtet ist, für illegal als ernsthafte Verletzung der Versammlungsfreiheit bezeichnet. Es sollte hinzugefügt werden, dass die Prinzipien der ILO zur Versammlungsfreiheit sowohl lokale als auch Generalstreiks abdecken. Das Komitee hat bei vielen Gelegenheiten erklärt, dass Streiks auf einem nationalen Level legitim sind, wenn sie ökonomische und soziale Ziele haben. Arbeitnehmerorganisationen dürfen deshalb nicht daran gehindert werden, gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik einer Regierung zu streiken.

Ein politischer Demonstrationstreik während der Arbeitszeit fällt auch unter den Schutz der grundgesetzlich garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Das Streikrecht beschränkt sich nicht nur auf die Arbeits-, sondern auch auf die Wirtschaftsbedingungen, was die herrschende Rechtsmeinung „stillschweigend“ außer Acht lässt. Das Streikrecht besteht auch für die Wirtschaftsbedingungen, die von politischen Entscheidungen geprägt werden. Der politische Demonstrationstreik sowie unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen der politische Streik, ggf. sogar der politische Erzwingungstreik in Form eines Generalstreiks, ist von der Verfassung geschützt. Unser demokratischer Sozialstaat bedingt in Verbindung mit dem Streikrecht nach Art. 9 Abs. 3 GG, dass soziale Fragen, die von politischen Entscheidungen geprägt werden, unter bestimmten Umständen und Voraussetzungen auch gemäß dem Widerstandsrecht beeinflusst oder korrigiert werden dürfen.

Neben den Parteien sind auch andere gesellschaftliche Gruppen wie z.B. Gewerkschaften legitimiert, auf die politische Willensbildung einzuwirken. Das politische Streikrecht ist eine von mehreren Möglichkeiten dazu. Die politische Demokratie nach Art. 21 GG und die wirtschaftliche Demokratie nach Art. 9 GG bilden zwei sich ergänzenden Säulen unserer Verfassungsordnung. In sieben von 16 Landesverfassungen ist der Streik, wenn auch unterschiedlich pointiert, ausdrücklich garantiert. Das Grundgesetz schweigt darüber, was allerdings nicht als Einschränkung oder Verbot interpretiert werden darf.

Die Illegalisierung durch die (noch) herrschende Rechtsmeinung mit dem privatrechtlich hergeleiteten „Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“ nach § 823 Abs. 1 BGB durch den Bundesgerichtshof würde einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht oder zumindest nicht vollständig standhalten. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Frage bisher nicht abschließend entschieden bzw. entscheiden müssen. Auch das Bundesarbeitsgericht musste bisher noch nicht direkt über die Frage der Zulässigkeit politischer Streiks entscheiden.

Die gewerkschaftlichen Mobilisierungsbemühungen beispielsweise gegen die „Agenda 2010“ belegen, dass der Wille und das Potenzial für politische Streiks innerhalb der deutschen Arbeitnehmerschaft vorhanden sind. Gleichwohl ist das wichtige Thema des politischen Streiks in den Parteien, Institutionen und der (Medien-)Öffentlichkeit bisher weitestgehend tabuisiert. Selbst in den DGB-Gewerkschaften wird es kaum diskutiert. Freilich wächst die Bereitschaft vieler Untergliederungen, dies zu tun. Auf den jüngsten Gewerkschaftstagen von IG BAU, ver.di und IG Metall wurden dazu 25 Anträge gestellt.

Die Linksfraktion im Bundestag hat am 27. Oktober 2006 einen Antrag „Für das Recht auf Generalstreik“ eingebracht, dem keine andere Parlamentsfraktion zustimmte. Überhaupt fehlt hierzulande das für politische Streiks notwendige Klima. Es ist nicht allein die Große Koalition, die parlamentarischen Widerstand versanden lässt, es sind auch an dieser Stelle defensive Gewerkschaften, die z.B. durch ihre enge Bindung an die SPD-Führung blockiert sind. Ihre politische Nibelungentreue gegenüber einer Sozialdemokratie, die ihre traditionellen Ziele seit Gerhard Schröders „Agenda 2010“ weitgehend aufgegeben hat, nützt den Arbeitnehmer(inne)n ebenso wenig wie der bloße Ruf nach einem extensiveren Streikrecht. Solange es die Gewerkschaften nicht selbst verlangen und die Gesellschaft nicht beansprucht, bleibt die Forderung an sich wirkungslos.

Dabei gibt es neben der politischen und juristischen Auseinandersetzung weitere Möglichkeiten, die berechtigte Forderung nach dem politischen Streikrecht durchzusetzen. So hat die ILO darauf hingewiesen, dass nicht immer ein staatliches Gesetz erforderlich ist. Unter

Umständen werden auch Tarifverträge als taugliches Mittel angesehen. In einem Tarifvertrag (Manteltarifvertrag der Druckindustrie) von ver.di ist ein solches Recht bereits verankert worden. Die Gewerkschaften müssten zukünftig in allen Tarifverträgen dieses Recht fordern und durchsetzen.

Das legitime Kampfmittel des politisch motivierten Streiks ist zu zentral, als dass es (allein) den Juristen überlassen bleiben dürfte. Nötigenfalls müssen sich die Gewerkschaften das im Grundgesetz und in der Europäischen Sozialcharta verbrieftete Recht nehmen. Wenn sie bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf ihr ureigenstes Mittel – den Streik – zurückgreifen, um politischen Protest und Widerstand zu organisieren, handeln die Gewerkschaften zurzeit (noch) rechtswidrig. Der zunehmende politische Druck auf die Arbeitnehmer/innen und die fortdauernden Angriffe auf soziale Standards zwingen jedoch zu politischen Auseinandersetzungen außerhalb des Tarifrechts. Die Akzeptanz für die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik würde durch die Anerkennung des politischen Streiks gestärkt und eine breitere Willensbildung damit gefördert.

Mit der vorliegenden Broschüre hat Veit Wilhelmy ein lange vernachlässigtes Thema theoretisch fundiert, aber auch praxistauglich besetzt, das künftig in den Gewerkschaften und auf der Linken einschließlich der linken Sozialdemokratie größere Beachtung finden wird. Diese mit viel Gespür für die Schlüsselthemen unserer Zeit gestaltete Broschüre, der ich eine weite Verbreitung nicht nur unter Gewerkschafter(inne)n wünsche, leistet einen nützlichen Beitrag dazu, eines der letzten Tabus unserer Gesellschaft zu brechen.

Köln, im Januar 2008

Prof. Dr. Christoph Butterwegge